

sagen (beispielsweise: „Die Verbrechen der Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.“) erfragt. Die Befragten hatten die Möglichkeit, ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer fünfstufigen Skala auszudrücken („stimme voll und ganz zu“, „stimme überwiegend zu“, „teils/teils“, „lehne überwiegend ab“, „lehne völlig ab“) (vgl. Decker, O./Kiess, J./Eggers, E./Brähler, E. (2016): Die „Mitte“-Studie 2016. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Psychosozial Verlag Gießen. S. 30f.).

³ Vgl. hierzu auch Albrecht, P.-G. (2016): Überlegungen über Kriterien einer demokratiefördernden und rechtsextremismusbewussten politischen Bildungsarbeit für Seniorinnen und Senioren. In: Klein, L./Merkle, M. (Hrsg.): Politische Bildung im Alter. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Frankfurt am Main, S. 29–33.

⁴ Berechnung auf Grundlage der Leipziger „Mitte“-Studie 2016 (Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. (Hrsg., 2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Psychosozial Verlag Gießen, S. 39); zur Verfügung gestellt aufgrund einer direkten Anfrage des Autors (P.-G. Albrecht) durch das Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung Leipzig (O. Decker und G. Schmutzer) am 20. April 2017.

⁵ Vgl. Albrecht, P.-G. (2009): Senioren, Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland. In: NEUE PRAXIS – Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik 6, S. 613–619.

⁶ Vgl. Roth, R. (2004): Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In: Klein, A./Kern, K./

Fragekomplexe:	Altersgruppen:	14–30-Jährige	31–60-Jährige	über 60-Jährige
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur		4,5	4,8	5,8
Chauvinismus		14,9	16,1	19,5
Ausländerfeindlichkeit		15,9	20,0	23,9
Antisemitismus		3,4	4,5	6,2
Sozialdarwinismus		3,1	2,7	4,7
Verharmlosung des Nationalsozialismus		2,3	1,9	2,2

Befragte Personen N insgesamt = 2420, 14–30-Jährige = 453, 31–60-Jährige = 1265, über 60-Jährige = 702

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland nach Altersgruppen. Angaben in Prozent.⁴

fürwortung, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Nationalsozialismusverharmlosung vorliegt – ohne dass die aktuellen Wahlergebnisse bemüht werden müssten (ebenda).³

Der Hintergrund können „beschwiegene Erinnerungen“ an erlebte, erlittene wie auch anderen angetane Diskriminierungen, die in familiären oder nachbarschaftlichen Gesprächen verschleiert bzw. bruchstückhaft hervorgeholt werden, um das eigene Verhalten zu legitimieren und bspw. die gegenwärtigen gesellschaftlichen „Verhältnisse zu kritisieren“, weil viele ältere Menschen eigentlich von gesellschaftsbezogener „Gegenwartssprachlosigkeit“ und persönlichen Zukunftsängsten geplagt sind.⁵

II. Ansätze einer demokratiefördernden politischen Bildung im Alter

a) Verletzlichkeit und Diskriminierungstendenzen älterer Menschen fordern heraus

Die zwei Seiten der Medaille des Alters, die Verletzlichkeit wie auch die diskriminierenden Tendenzen älterer Menschen sind zu beachten, soll eine demokratiefördernde politische Bildung mit älteren Menschen oder gar die Hervorlockung einer Streitkultur älterer Menschen gelingen.

Dazu ist die positive Konnotation der Streitkultur, die eng mit dem im Alltagsgebrauch ebenfalls positiv konnotierten Begriff der Zivilgesellschaft verbunden ist, zu ergänzen um die unschönere Konnotation jeglichen „Streits“, der ebenso auch „dunkle Seiten“, „dunkle Akteure“ und „dunkle Umgangsformen“ kennt wie die Zivilgesellschaft, in der sich erwünschte bürgerschaftliche Engagements ebenso finden wie unerwünschte rechtsextreme Aktivitäten.⁶

Eine demokratiestärkende politische Bildung innerhalb der Seniorenarbeit sowie Altenhilfe, die auf Grundwerten wie Gleichberechtigung, Mitbestimmung und Freiheit aufbaut, wissend darum, dass Gleichberechtigung, Mitbestimmung und Freiheit längst nicht allen Seniorinnen und Senioren gleich wichtig sind (vgl. Bild 2), aber darauf auch, dass zur Lebensphase Alter die Verletzungen der Entberufli-

chung, Singularisierung, Multimorbidität und Pflegebedürftigkeit gehören (vgl. Bild 1), muss differenziert, aber auch ethisch fundiert vorgehen und entsprechenden Kriterien gerecht werden.

b) Werthaltige und „verhandelnde“ Arbeit mit jungen Alten

Die erste Zeit der Lebensphase Alter, die Phase der sogenannten jungen Alten, ist von Entberuflichung und Singularisierung geprägt. Die damit verbundene Berufs- und Betriebszugehörigkeitsaufgabe und das Verlassenwerden von liebgewordenen Lebensgefährten können als Weg in die Isolation erfahren werden.

Eine demokratiestärkende politische Bildung älterer Menschen sollte bei diesen altersspezifischen Problemanzeigen ihre ganz grundsätzliche Verankerung in den Grundwerten Gleichberechtigung, Mitbestimmung und Freiheit darin zeigen, dass sie die Betroffenen in dieser Zeit des Alters in ihrer Selbstachtung stärkt, ihnen Wege in neue soziale Beziehungen ebnet und alte Beziehungen ertragen, aufrechtzuerhalten und zu qualifizieren hilft. Gemeinschaftsaktivität – das einfache Teilnehmen an sozialen Beziehungen, wie es der Freiwilligensurvey definiert – sollte in freiwilliges Engagement, in verantwortliches Handeln weiterentwickelt werden. Eine demokratiestärkende politische Bildung älterer Menschen hat dementsprechend beim „Ja-Sagen“ zu helfen, muss ermutigen, Einfluss zu nehmen, und darin unterstützen, die Möglichkeiten der Entberuflichung und Singularisierung als eine „Freiheit zu“ zu nutzen.

Nachbarschaften, das Vereinswesen, die Kirchengemeinden, die Wohlfahrtsverbände und kommunalen Begegnungsmöglichkeiten sowie auch die altersbezogene Dienstleistungen wie bspw. Reiseangebote, die in diesem Lebensalter gern in Anspruch genommen werden, sind zu befragen, inwieweit sie ermutigend Gleichberechtigung, engagementfördernd Mitbestimmung und eine chancengewährende „Freiheit zu“ nahe legen.

Die bei allem Tun und Handeln älterer Menschen mitschwingenden diskriminierenden Ori-



entierungen weisen eine demokratiestärkende politische Bildung älterer Menschen darauf hin, dass der Stärkung der Selbstachtung, der Engagementförderung und der Nutzung der Chancen des Alters Grenzen gesetzt sind. Die *Offenlegung der eigenen Wertegrundlagen* und das *Aushandeln von Umgangsformen* gehören stets und immer wieder in das Repertoire einer Engagementförderung in dieser Lebensphase.

c) Akzeptierende und begrenzende Arbeit mit Hochaltrigen

Zur Lebensphase Alter gehören – im späteren Verlauf – auch Multimorbidität und Pflegebedürftigkeit. Die damit zusammenhängenden Krankenhausaufenthalte und Pflegedienstanspruchnahmen werden von vielen Hochaltrigen als zunehmende Abhängigkeit erlebt.

Eine auf Gleichberechtigung, Mitbestimmung und Freiheit aufbauende demokratiestärkende politische Bildung von Hochaltrigen zeigt ihre Güte darin, dass sie – in Auseinandersetzung mit den Abhängigkeitsgefährdungen einerseits und ihrem Gleichberechtigungsanspruch andererseits – um die Hierarchien weiß, in die sie die Betroffenen einbindet – und nicht diesen alles unterordnet. Es gilt, die Betroffenen nicht nur zu hören, sondern mitwirken zu lassen und insbesondere ihr „Nein-Sagen“ auch ernst zu nehmen. Freiheit muss insbesondere in dieser Lebensphase auch als ein „Freiheit von“ möglich sein – Hochaltrige haben auch die Wahlfreiheit der Abwahl.

Diese Gütekriterien ernst nehmend, ist – ebenso wie in der Seniorenarbeit – der Blick auf die Struk-

turen und Institutionen der Altenhilfe zu richten: Sind die Einrichtungen und Dienste der geriatrischen Rehabilitation und der Pflege wirklich selbstkritisch gleichberechtigt? Bieten sie, sich selbst begrenzend, Mitbestimmung an? Und sind sie in der Lage, Menschen auch in all ihrer Freiheit auch „Nein“ sagen und gehen zu lassen?

Diskriminierende Orientierungen zeigen sich auch bei Multimorbidität und Pflegebedürftigkeit. In Anbetracht der spezifischen Bedürftigkeit der Betroffenen gilt es, zum einen *akzeptierend zu sein*. Vieles taucht auf, weil Seniorinnen und Senioren unter ihrer gegenwärtigen Situation leiden, vieles, weil die Selbstkontrolle verloren geht und die soziale Kontrolle an Bedeutung verliert. Zum anderen sind auch in dieser Lebensphase *Grenzen zu ziehen*: Möglicherweise helfen vergangenheitsbewältigende und gegenwartserläuternde Gesprächsangebote; möglicherweise muss die Thematisierung bestimmter Einstellungen, so die Betroffenen es verstehen, untersagt werden.

d) Demokratiefördernde Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Seniorenarbeit und Altenhilfe

Die körperlichen und geistigen Veränderungen im Alter, die ggf. zu bisher nicht gekanntem Handeln und vor allem Reden älterer Menschen führen, sollten bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Diensten und Einrichtungen der Seniorenarbeit und Altenhilfe nicht zum Übergehen bzw. Hinnehmen von diskriminierendem Reden und Handeln führen.

Geißel, B./Berger, M.
(Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital.
Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden: VS Verlag, S. 41–64.

Stets muss abgewogen werden, was davon in der Seniorenarbeit und Altenhilfe zugelassen werden kann und wo Intervention notwendig ist, nicht nur, weil verbale Diskriminierungen im Eskalationsfall auch zu tätlichen Diskriminierungen werden könnten. Häufiger als dies führen die Diskriminierungen zu spezifischen Unterwürfigkeiten unter die Redeführer (z.B. bei Frauen, z.B. von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund) oder zur Meidung der Redeführer und wird dadurch das Disengagement der Frauen oder Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund verstärkt.

Auch wenn zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Seniorenarbeit und Altenhilfe keine detaillierten Untersuchungen vorliegen, ist darüber hinaus zu bedenken, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter *in ihrer täglichen Arbeit* auch selbst diskriminieren. Und nicht zuletzt ist wichtig zu beachten, dass vielfach auch die *Strukturen* von Seniorenarbeit und Altenhilfe diskriminieren.

Eine demokratiestärkende politische Bildung mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Seniorenarbeit und Altenhilfe – in ihren Strukturen – hat mit dieser Gemengelage umzugehen.

e) **Gemeinwesenarbeit für Angehörige und Nachbarn von Seniorinnen und Senioren**
Seniorinnen und Senioren leben eingebunden in Familien, Freundeskreise, Nachbarschaften und Vereine. Sie sind von der Meinung ihrer Kinder, Bekannten, Gartennachbarinnen und -nachbarn sowie Sportvereinskameradinnen und -kameraden abhängig.

Diese immer wieder auch diskriminierenden Milieus sind ebenfalls in den Blick einer rechtsextremismusbewussten demokratiestärkenden politischen Bildung zu nehmen. Dass dies nicht leicht ist, ist verständlich.

Es ist jedoch notwendig, weil sich die jungen Alten in der Lebensphase der Entberuflichung und Singularisierung zunächst noch mit diesen meist nur etwas jüngeren Mitmenschen in ihren sozialen Zusammenhängen messen und mit ihnen um das „richtige“ Engagement wie um die Meinungshoheit ringen. Dies kann zur Folge haben, dass sich – proaktiv – vorhandene Diskriminierungstendenzen verstärken.

Und es ist notwendig, weil die Angehörigen, Freunde, Nachbarn und Vereinskameradinnen und -kameraden der älteren Menschen auch im vierten Lebensalter weiterhin in die Strukturen der Altenhilfe hineinwirken, in denen die Hochaltrigen sich eine Haltung zu ihrer Morbiditätszunahme und der Pflegebedürftigkeit arbeiten – auch wenn sie sich in ihrem neuen sozialen Lebenszusammenhang nicht mehr mit ihren Mitmenschen messen, im Engagement konkurrieren und nur noch z.T. Meinungshoheit für sich reklamieren. Auch aus einer mög-

licherweise resignativen Haltung heraus können sich- verbale Diskriminierungen verschärfen.

Hierzu sinnvolle Formen einer *Gemeinwesenarbeit* mit niedrigschwelligen Formen demokratiestärkender politischer Bildung anzubieten, lohnt sich.

III. Haltungen und Arbeitsweisen einer demokratiestärkenden politischen Bildung älterer Menschen

Eine Seniorenarbeit und Altenhilfe, die rein auf der *Empirie* des Alters und damit der Verletzlichkeit wie auch die Diskriminierungstendenzen älterer Menschen aufbaut, ist von ihren Zielen her weniger klar zu konturieren als eine Seniorenarbeit und Altenhilfe *normative* Grundierung, die von den Werten der Gleichberechtigung, Mitbestimmung und Freiheit ausgeht.

Wird eine solche normative Herangehensweise verschränkt mit differenziertem Wissen über junge Alte, Hochaltrige, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Seniorenarbeit und Altenhilfe sowie Angehörigen und Nachbarn von Seniorinnen und Senioren, so zeigt sich:

Das Aufzeigen der eigenen Werte, das Aushandeln von Umgangsformen und die Akzeptanz anderer Ansichten sowie Grenzziehungen sind vier Haltungen und Arbeitsweisen, die der Seniorenarbeit und Altenhilfe und einer demokratiestärkenden politischen Bildung im Alter gut zu Gesicht stehen, will sie Diskriminieren nicht hinnehmen bzw. unter den Teppich kehren, wie es vielfach geschieht.

Denn immer wieder treffen Engagementförderer in der Seniorenarbeit und Altenhilfe auch auf diskriminierende Seniorinnen und Senioren. Immer wieder sind die Strukturen der Altenhilfe wenig förderlich für Gleichberechtigung, Mitbestimmung sowie freie Entscheidung und Entwicklung. Und immer wieder verhalten sich Menschen in den Familien, Bekanntenkreisen, Nachbarschaften und Vereinen der älteren Menschen diskriminierend. All dies im Blick zu haben, ist Aufgabe einer demokratiestärkenden politischen Bildung in der Seniorenarbeit und Altenhilfe. All dies vielleicht nur punktuell ändern zu können, mag hinzunehmen zu sein. Damit – auf Basis der aufgezeigten ethischen Kriterien – zu beginnen, scheint aber an der Zeit zu sein.

Praktikable Formen solcher demokratiefördernden politischen Bildungsangebote könnten sein: niedrigschwellige Engagementförderungs- und Diskussionsangebote für junge Alte, spezifische Erinnerungs- und Teilhabeangebote für Hochaltrige, Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Altenhilfe sowie *Gemeinwesenarbeit* mit Zugang zu den familiären, bekanntschaftlichen, nachbarschaftlichen und Vereinsstrukturen der Mitmenschen von Seniorinnen und Senioren.

» **schwerpunkt – Zivilgesellschaft braucht Streitkultur**

Christian Boeser-Schnebel, Ruth Jachertz

Wir brauchen mehr Streit. Argumentationstraining gegen Politikerverdrossenheit
Im Gespräch: Christian Boeser-Schnebel (Universität Augsburg) und Ruth Jachertz
(Bayrischer Volkshochschulverband) 14

Streit, also das offene Austragen von Meinungsverschiedenheiten, ist für unsere Demokratie unverzichtbar. Streit hingegen, der feindselig wird, verletzt die demokratische Wertebasis und bedroht unsere Demokratie. Wie können wir lernen, ohne Feindseligkeit zu streiten? Welche Potentiale hat hierbei insbesondere die Erwachsenenbildung? Im Gespräch darüber sind Dr. Christian Boeser-Schnebel von der Universität Augsburg und Ruth Jachertz vom Bayrischen Volkshochschulverband.

Roger Mielke

Resonanzraum der Demokratie – Evangelische Kirche, Werke und Verbände in
Zeiten der Polarisierung 18

Hinter der Diagnose einer „Krise der Demokratie“ und den Phänomenen politischer Polarisierung stehen tiefliegende soziale Wandelungsprozesse, die gegenwärtig vor allem über populistische Politikmuster angesprochen werden. Aber auch die Kirchen und ihre Werke und Verbände sollten Resonanzräume der Demokratie sein, in denen vielstimmige und inklusive Debatten geführt werden können. Die Demokratie lebt von der Auseinandersetzung um politische Grundfragen.

Traugott Jähnichen

Die Digitale Transformation zivilgesellschaftlicher Kommunikation –
Theologisch-sozialethische Perspektiven 23

Die Digitalisierung verändert grundlegend zivilgesellschaftliche Kommunikationsformate. Der Trend zur Emotionalisierung und Skandalisierung mit den „Nebenfolgen“ von „Fake news“ und „hate speech“ fordert zu einer Ethik der Kommunikation heraus. Kirchliche Akteure müssen neben den Standards der Sachlichkeit und Glaubwürdigkeit vor allem der Achtung der „Ehre“ des Nächsten Nachdruck verleihen.

Malte Ebner von Eschenbach

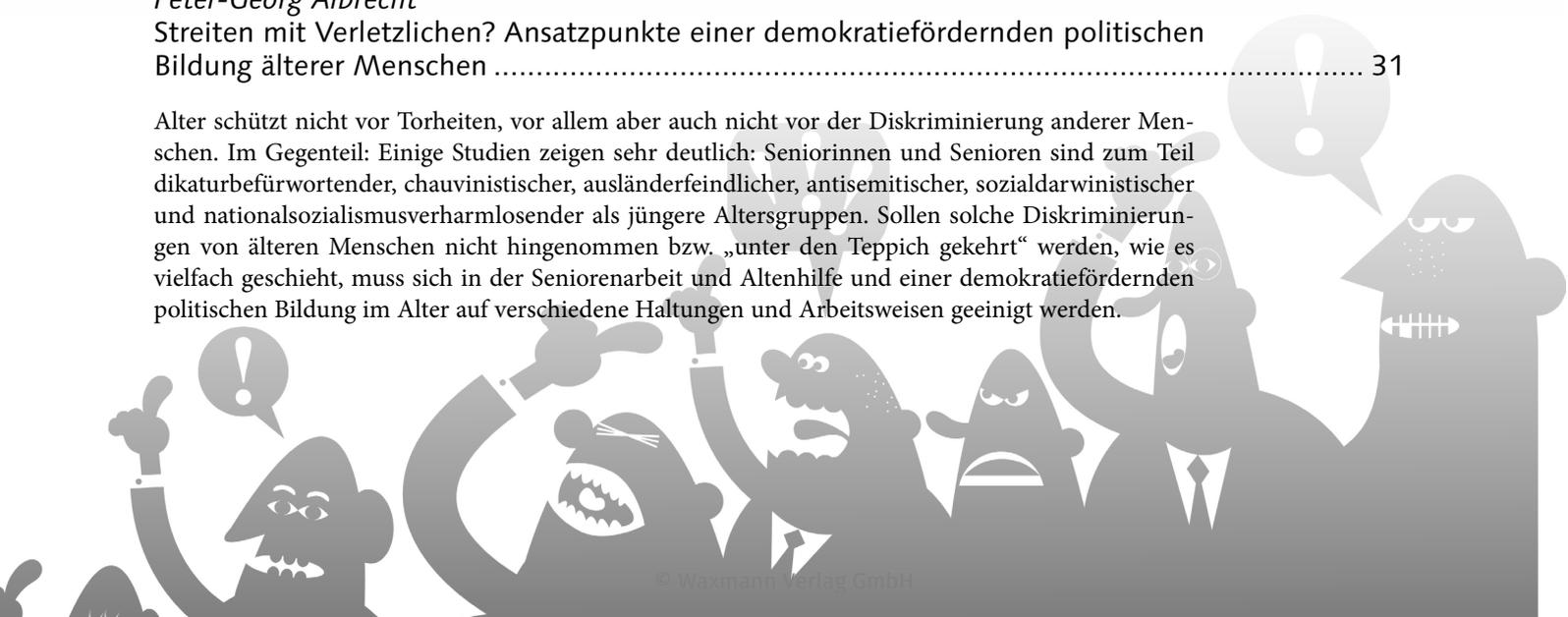
Die gesellschaftliche Dimension wissenschaftlicher Erkenntnispraxis
Überlegungen zur epistemischen Verantwortung in der Erwachsenenbildungswissenschaft 27

Wissenschaftliche Erkenntnispraxis ist keineswegs eine Tätigkeit aus dem sogenannten Elfenbeinturm heraus. Sie besitzt eine gesellschaftliche Dimension, weil sie historisch, politisch, sozial eingebunden ist. Ihre gesellschaftliche Verflochtenheit macht sie sozial wirksam, gleichzeitig ist sie auch anfällig für Instrumentalisierung, wofür der Beitrag sensibilisieren möchte.

Peter-Georg Albrecht

Streiten mit Verletzlichen? Ansatzpunkte einer demokratiefördernden politischen
Bildung älterer Menschen 31

Alter schützt nicht vor Torheiten, vor allem aber auch nicht vor der Diskriminierung anderer Menschen. Im Gegenteil: Einige Studien zeigen sehr deutlich: Seniorinnen und Senioren sind zum Teil dikaturbefürwortender, chauvinistischer, ausländerfeindlicher, antisemitischer, sozialdarwinistischer und nationalsozialismusverharmlosender als jüngere Altersgruppen. Sollen solche Diskriminierungen von älteren Menschen nicht hingenommen bzw. „unter den Teppich gekehrt“ werden, wie es vielfach geschieht, muss sich in der Seniorenarbeit und Altenhilfe und einer demokratiefördernden politischen Bildung im Alter auf verschiedene Haltungen und Arbeitsweisen geeinigt werden.



» **editorial**

Steffen Kleint
Liebe Leserinnen und Leser, 3

» **aus der praxis**

Olaf Dörner, Christoph Damm
Politische Erwachsenenbildung im „Demokratielabor“. Impuls für eine Streitkultur
als Form der rationalen Selbstvergewisserung 6

Petra Schickert, Susanne Feustel
Politische Streitkultur in Quartieren und Gemeinden entwickeln – Kirche
und Zivilgesellschaft gemeinsam 8

Annegret Zander
Route55plus – selbstorganisierte Bildungsarbeit
im ländlichen Hessen 10

Stefan Sigel-Schönig
Wie Kitas, Gemeinden und Erwachsenenbildungswerke gendersensible
Elternbildung initiieren können 12

» **nicht vergessen!**

Petra Herre
Zivilgesellschaft – mehr als ein Sympathiebegriff 35

» **einblicke**

Kristina Herbst
#digitaleZivilgesellschaft – Mit Hoffnung ins Netz 36

Martina Wasserloos-Strunk
Wo die Kultur beim Streiten ein Ende hat 40

Sonja Böhm, Henrik Wolf
Netzgefahren – Vorsicht Liebesbetrug! 42

» **service**

Filmtipps 44

Publikationen 45

Veranstaltungstipps 50

Impressum 54